

Nur gemeinsam hat Europas Jugend eine Zukunft

Mit einem eindringlichen Appell, dass die Stimme der europäischen Jugend nicht an den Tischen nationaler Egoisten untergehen darf und einem Aufruf zum Handeln, „wenn nicht wir, wer soll sonst Europas Bild prägen“, eröffnete Karin Cyrol, Vorsitzende des "Netzwerk Europaschulen in Niedersachsen e.V.", am 3. März 2017 in Soltau den 2. Tag der diesjährigen Jahrestagung ihrer Vereinigung.

Zu der Fachtagung, die ganz unter dem Motto „Demokratie stärken, Europa sichtbar machen“ stand, konnte sie über 80 Besucher aus den niedersächsischen Europaschulen, Referentinnen und Referenten sowie Vertreter/-innen aus dem Kultusministerium, der Landesschulbehörde, aus regionalen Europäischen Institutionen sowie politischen Stiftungen begrüßen. Christoph Becker, Bundesvorsitzender des Netzwerks Europaschulen e.V. lud in einem schriftlichen Grußwort alle Teilnehmer/-innen ein, sich dem Aufruf „who if not us“, der von Jugendlichen aus EU-Staaten wegen der aktuellen fundamentalen Krise der europäischen Institutionen ins Leben gerufen wurde, aktiv im »Hashtag #WhoIfNotUs« anzuschließen (Informationen dazu u.a. bei <http://www.zeit.de/2017/07/junge-generation-aufgabe-demokratie-zusammenhalt-brexit-usa>).

Wolfgang Zapfe, Vorsitzender der Europa-Union in Niedersachsen, verwies in seinem engagiert vorgetragenen Grußwort auf die Dringlichkeit des politischen Handelns der „schweigenden Mehrheit“ zum jetzigen Zeitpunkt: „Niemand kann sich herausreden. Wer untätig ist, stärkt die antieuropäischen Kräfte. Europa braucht jetzt jeden Menschen!“ Mit den Worten „**die Europaschulen sind Leuchttürme**“ in stürmischer Zeit und haben sich in ihrer Vorbildfunktion für die europäische Jugendbewegung bewährt, begrüßte er den Hauptredner, den ehemaligen niedersächsischen Ministerpräsidenten David McAllister, als Mitglied des Europa-Parlaments in „Vorderster Reihe“ zur aktuellen Situation in der Europäischen Union.

Hat Europa noch eine Chance?

Offen und schonungslos skizzierte David McAllister die Krisenherde im Innern nach dem Brexit-Votum, der Wahl Trumps zum US-Präsidenten und dem erstarktem Nationalsozialismus in einigen EU-Mitgliedsstaaten. Als Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten stellte er mit einer kenntnisreichen Analyse die gegenwärtigen Szenarien der äußeren Bedrohung der Europäischen Staatengemeinschaft „vor der Haustür“ und von benachbarten Kontinenten ausgehend vor. Dem wachsenden Vertrauensverlust der Menschen in der EU stellte er den immer wieder erfahrenen Respekt für die EU-Leistungen aus anderen Kontinenten entgegen. Nicht als „Flickenteppich“ von Nationalstaaten, sondern

nur gemeinsam könne das „kleine“ Europa freiheitlich und sicher, wirtschaftlich und sozial stabil global bestehen.

McAllister begrüßte das von EU-Kommissionspräsidenten Jean Claude Juncker vorgestellte Weißbuch über die Zukunft Europas. In fünf Szenarien werden dort für die 28 Regierungen der Mitgliedsstaaten Wege aus der Krise vorgestellt, mit denen sie sich in einer „ehrlichen und umfassenden Debatte“ auseinandersetzen müssten. Die vorgeschlagenen Modelle reichten von „Weiter so wie bisher“ bis zu „Viel mehr gemeinsames Handeln“ (Quelle: www.zeit.de/politik/ausland/2017-03/europaeische-union-jean...).

In der anschließenden freimütig geführten Diskussion ließ David McAllister als Präsidiumsmitglied der »Europäischen Volkspartei« (EVP) durchblicken, dass auch er auf eine oder mehrere „Koalition der Willigen“ setze, um zu „Viel mehr gemeinsames Handeln“ in den großen Entscheidungen zu kommen – bei Stärkung der Zuständigkeiten der Mitgliedsstaaten bei innenpolitischen Feldern. Der 60. Jahrestag der »Römischen Verträge« Ende März müsse eine Ermutigung zum Neustart des gemeinsamen Europas werden. Dazu habe er in den vergangenen Wochen und Monaten bei Besuchen von allgemeinen und berufsbildenden Schulen in Niedersachsen vielfach ermutigende und beeindruckende Projekte, Begegnungen und Auszeichnungen erleben können. Für die Europabekanntnisse der jungen Generation lohne es sich als Parlamentarier zu streiten.

Europaschulen hoffen auf mehr Unterstützung

Elisabeth Walter, Referentin im Kultusministerium für Europäische und internationale Angelegenheiten und Ansprechpartner für die Europaschulen wies in ihrem Bericht darauf hin, dass es in Niedersachsen augenblicklich 148 zertifizierte Europaschulen gibt. Da neun weitere Anträge vorlägen, gehe sie davon aus, dass noch in diesem Jahr weitere hinzukommen werden. Ein erfreulicher Anstieg trotz der fehlenden Unterstützung für Europaschulen etwa durch Anrechnungsstunden oder finanzieller Hilfe durch das MK wurde von den Teilnehmer/-innen (kritisch) angemerkt.

Der Erlass zu den Europaschulen endet zum Sommer 2018. Das MK bietet dem Netzwerk der Europaschulen an, bei der Weiterentwicklung mitzuarbeiten. Für 2018 sei wieder eine Infofahrt zum Europäischen Parlament nach Brüssel geplant. Die mangelnde Beteiligung der Schulen am Erasmus+-Programm, Leitaktion 1 (Lehrermobilität) führten die Teilnehmer/-innen auf den ungünstigen Antragstermin 01.02. des Jahres zurück. Im Vorfeld dieses Termins seien die Schulen mit Zeugnis Konferenzen und Halbjahreswechsel ohnehin sehr belastet. Da ist keine Zeit mehr für die Bearbeitung von Erasmus+-Anträgen. Sie plädierten für eine Verschiebung des Antragstermins. Für Anfragen folgende Mail wählen:

elisabeth.walter@mk.niedersachsen.de

Politische Stiftungen stellen sich vor

Formen weiterer Unterstützung durch Projekte, Referenten, Austausch und Praktika stellten in 4 Workshops die Konrad-Adenauer-Stiftung, die Friedrich-Ebert-Stiftung, die Friedrich-Naumann-Stiftung und die Schwarzkopf-Stiftung durch ihre regionalen Referenten vor. Insbesondere machten sie auf ihre Angebote aufmerksam, die Schulen bei der Europabildung

nützlich sein können. Informationen zu den Wegweisern und zu den einzelnen Stiftungen finden Leser auf der Homepage www.europaschulen-niedersachsen.de

Schulen haben Schlüsselrolle in der Demokratiebildung

Umfassende Informationen zur politischen Bildungsarbeit in den niedersächsischen Schulen hatte ein Teil der Besucher schon am Donnerstagnachmittag „aus erster Hand“ von Dr. Jochen Walter, Referent für politische Bildung im Kultusministerium erhalten. Angesichts der zunehmenden Versuche von Rechtspopulisten, die Gesellschaft zu spalten und demokratische Grundwerte in Frage zu stellen, wies Dr. Walter der Schule eine Schlüsselrolle in der Demokratieerziehung zu. Er benannte Maßnahmen und Projekte, die das Kultusministerium in Kooperation mit den Schulen initiieren kann. Ein „Highlight“ unter den Projekten sei die Aktion „Schule ohne Rassismus“, an der landesweit mehr als 260 Schulen beteiligt sind. Dazu lud er auch die Europaschulen ein.

In der anschließenden Diskussion wurde deutlich, dass ein durchgängiges Konzept der politischen Bildungsarbeit von der Grundschule über die weiterführenden Schulen bis zu den Berufsschulen und Jugendverbänden wichtig ist. Politische Bildung und Teilhabe gehören dabei ebenso untrennbar zusammen wie Europabildung und Demokratiebildung. Für Anfragen folgende Mail wählen: jochen.walter@mk.niedersachsen.de.

(ufra/fjm)